

II-14844 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

▲
 B M
 W F
 ▶

GZ 10.001/133-Pr/lc/94

Herrn Präsidenten
 des Nationalrates
 Univ.Prof.Dr. Heinz FISCHER
 Parlament
 1017 Wien

6912 /AB

1994-09-14

ZU 7026 /J

MINORITENPLATZ 5
 A-1014 WIEN
 TELEFON
 (0222) 531 20-0
 DVR 0000 175
 ▼

Wien, 13. September 1994

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 7026/J-NR/1994, betreffend Umweltpolitik der Bundesregierung, die die Abgeordneten Dipl.Ing. Dr. KEPPELMÜLLER und Genossen am 15. Juli 1994 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Ehe ich auf die Beantwortung der Fragen eingehe, weise ich darauf hin, daß ich dem Parlament im vergangenen Jahr gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes einen "Schwerpunktbericht" vorgelegt habe, der speziell den Belangen der Umweltforschung gewidmet war. Diesen Bericht habe ich auch den diese Anfrage stellenden Abgeordneten anlässlich der Beantwortung einer früheren Anfrage zu demselben Thema (Nr. 4817/J-NR/1993 vom 6. Mai 1993, Beantwortung GZ 10.001/78-Pr/lc/93) unmittelbar nach seinem Erscheinen zur Information über die Aktivitäten meines Ressorts zur Verfügung gestellt. Zwischenzeitlich ist der Bericht im Oktober 1993 vom Nationalrat zur Kenntnis genommen worden (III-123 der Beilagen). Um unnötige Wiederholungen bei der Beantwortung der gegenständlichen Anfrage zu vermeiden, werde ich im folgenden nur auf seither gesetzte Aktivitäten eingehen, da der Inhalt des Berichtes und damit die wesentlichen Details den Abgeordneten bereits bekannt sein müßten.

- 2 -

1. Welche umweltrelevanten Initiativen Ihres Ressorts wurden in dieser Legislaturperiode gesetzt (Gesetze, Verordnungen, Projekte, Veranstaltungen)?

Antwort:

1. Siehe "Schwerpunktbericht".
2. Arbeitsschwerpunkt "nachhaltige Entwicklung österreichischer Kulturlandschaften" (Kulturlandschaftsforschung) - Ein Modell für künftige umweltorientierte Forschung - Seite 25 bis 28 des "Schwerpunktberichtes":

Ausgangspunkt dieses von mir initiierten Forschungsschwerpunktes sind die teils problematischen Entwicklungen der Kulturlandschaften im Donau- und Alpenraum (Verkehr, Landschaft, Tourismus, Naturschutz ect.).

Als Ergebnis des Diskussionsprozesses innerhalb und zwischen fünf interdisziplinär beschickten Konzeptgruppen und einem Fachbeirat aus namhaften WissenschaftlerInnen hat sich anhand der Expertenmeinungen gezeigt, daß die "Kulturlandschaftsforschung" aus wissenschaftlicher Sicht folgende Ziele verfolgen soll:

- a. Reduzierung der vom Menschen verursachten Stoff- und Energieflüsse,
- b. Erhaltung der natürlichen Vielfalt (Biodiversität) in österreichischen Kulturlandschaften,
- c. Sicherung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung,
- d. Lösung der Konflikte, die sich aus den Zielen b und c ergeben,
- e. Förderung einer Vielfalt von Entwicklungsmöglichkeiten.

Das Endergebnis des interdisziplinären Diskussionsprozesses, das dem Ressort mit einem einstimmigen Beschluß des wissen-

- 3 -

schaftlichen Fachbeirates empfohlen wird, liegt nun als Forschungskonzept "Kulturlandschaftsforschung" vor. Es sollen einerseits der Rahmen des genannten Arbeitsschwerpunktes abgesteckt und andererseits Prioritäten gesetzt werden. Die Konzeption nach dem Modulsystem erlaubt darüber hinaus sowohl aus terminlicher als auch aus budgetärer Sicht eine Prioritätensetzung seitens der Auftraggeber. Zu den Modulen mit erster Priorität sollen Forscher/innen eingeladen werden, spezifische Projektvorstellungen einzureichen, die in weiterer Folge einem internationalen Expertengremium zur fachlichen Begutachtung übergeben werden. Das Expertenteam soll dabei auf die Einhaltung der durch die Konzeptgruppen erarbeiteten und vom wissenschaftlichen Beirat befürworteten programmatischen Ziele, Prinzipien und Grundsätze des Gesamtprogramms im Rahmen der eingereichten Projekte achten.

Am 17. und 18. Februar 1994 hat außerdem zu diesem Thema ein internationales Symposium "Mensch und Landschaft 2000 - Nutzung, Bedrohung, Chancen; Nachhaltige Entwicklung von Kulturlandschaften im Donau- und Alpenraum" in Graz stattgefunden.

3. Gesellschaftsrelevante Umweltforschung:

In diesem Bereich wurde versucht, Projekte zu initiieren, die ergänzend zu den Forschungsbereichen der Umwelttechnik und technologiebezogenen Umweltforschung bzw. der ökologischen Forschungsinitiative gesellschaftsrelevante Fragestellungen wie solche der Umweltbildung, der Umweltaußenpolitik oder auch der Umweltgeschichte aufgreifen. Dadurch soll erforscht werden, welche gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und Traditionen Umwelt und umweltrelevantes Verhalten beeinflussen.

So wurden z.B. folgende Projekte in Auftrag gegeben:

Univ.Doz. Dr. Dietmar Kanatschnig, Sozioökonomische Umweltforschung in Österreich (Status-quo-Erhebung);

IFF, Umweltbildung in Österreich (Umweltangebot an Einrichtun-

- 4 -

gen der Erwachsenenbildung; gemeinsam mit dem BMUJF);
 Österreichische Gesellschaft für Bildungsforschung, Österreich:
 Umwelterziehung, -bildung, -aufklärung (gemeinsam mit dem
 BMUJF);
 ÖIPP Laxenburg, Österreichische Umweltaußenpolitik im interna-
 tionalen Kontext;
 ÖKOPOLIS, Neue Wege zur Messung des Bruttosozialproduktes
 (monetäre Bewertung von Umweltschäden);
 Univ.Prof. Dr. Hans-Werner Holub, Neue Wege zur Messung des BSP
 (Theoret. Beitrag);
 Dr. Manfred Russo, Lebensqualität im urbanen und ländlichen
 Raum (befindet sich im Genehmigungsstadium);
 Dr. Gerhard Jaritz, Vorindustrielles Umweltmanagement in Ost-
 österreich;
 Ing. Mag. Verena Winiwarter, Umwelt und Raum in historischer
 Perspektive;
 Univ.Ass. Dr. Harald Wilfing, Umwelthistorische Prozesse am
 Beispiel der Kulturlandschaft Traisental.

Außerdem ist das Bundesministerium für Wissenschaft und For-
 schung auch bei den Umweltfilmtagen im November 1993 als Mit-
 veranstalter aufgetreten.

4. Aktivitäten des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bei der Förderung von Umweltprojekten:

Vom FWF wurden in den Jahren 1988 bis 1994 (Stand 1994 mit
 156. Entscheidungssitzung des Kuratoriums vom 27./28. Juni
 1994) folgende Förderungsmittel für Projekte mit umweltrele-
 vantem Bezug bewilligt, wobei das gesamte Spektrum der vom
 FWF geförderten wissenschaftlichen Fachbereiche berücksich-
 tigt ist:

1988	S 23.244.711,--
1989	S 27.619.775,--
1990	S 42.773.109,--

- 5 -

1991	S 30.743.291,--
1992	S 49.830.465,--
1993	S 65.410.717,--
<u>1994</u>	<u>S 23.712.719,--</u>
insgesamt	S 263.334.787,--

5. Aktivitäten des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft bei der Förderung von Umweltprojekten:

In den Jahren 1988 bis 1993 hat sich die Zahl der vom FFF geförderten Umweltprojekte von 40 auf 80 verdoppelt. Die für diese Projekte ausgeschütteten Förderungsmittel sind von 77 auf 161 Mio. S gestiegen. Da sich das Gesamtbudget des FFF im genannten Zeitraum entsprechend erhöht hat, ist der für die Förderung an Umweltprojekten verwendete Anteil am Gesamtbudget mit durchschnittlich 10 % stabil geblieben.

Eine Untersuchung der vom FFF geförderten Umweltprojekte hat ergeben, daß sich der Anteil der End-of-Pipe-Technologie-Entwicklungen von anfangs ca. 50 % der Fördermittel auf ca. 10 % verringert hat. Der Anteil der Clean-Technology-Entwicklungen ist somit stark gestiegen.

Weiters hat der FFF 1994 die Initiative ergriffen, gemeinsam mit ITF, ERP-Fonds und Kommunalkredit AG die Broschüre "Umweltförderungen" herauszubringen. Diese Broschüre enthält genaue Angaben über die bei den einzelnen Stellen angesiedelten Programme zur Förderung von Umweltprojekten.

Außerdem wird im Rahmen der alljährlich herausgegebenen Projektblätter auch eine Reihe von ausgewählten Umweltschutzvorhaben dargestellt. Für UTEC (Oktober 1994) will der FFF weitere acht Projektblätter zum Thema Umwelt und Recycling herausgeben. Diese sollen in einer Pressekonferenz vorgestellt werden, bei der der FFF über seine Aktivitäten zur Förderung von Umweltschutzprojekten berichten wird.

- 6 -

6. Vom ITF (FFF-Anteil) geförderte Umweltprojekte:

Umwelttechnologie stellt einen ITF-Schwerpunkt dar. Da in den meisten Jahren des angesprochenen Zeitraumes die Anteile des ITF/FFF-Gesamtbudgets, die für Umweltprojekte ausgegeben wurden, höher liegen als beim FFF, hat die Schwerpunktsetzung trotz erheblicher Jahresschwankungen zu einer Konzentration der Mittel auf diesen Bereich geführt. Damit ist das angestrebte Ziel weitgehend erreicht worden.

7. Internationalisierung der Umweltforschung:

Die optimale Einbindung national umweltrelevanter Forschungsaktivitäten in internationale F & E-Programme bzw. Netzwerke war ein zentrales Tätigkeitsfeld des Ressorts (wie auch in den Punkten 4 und 5 des Kapitels IV des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung festgelegt), wobei

- a. bi- und multilaterale Interessensschwerpunkte und Forschungsfelder auf den Ebenen Forschungspolitik, Forschungsadministration und Wissenschaft definiert bzw. international ausgedescriebene Themenbereiche auf das österreichische Forschungspotential abgebildet wurden (u.a. Ansprache von Forschungsnischen für österreichische Projektteams),
- b. darauf aufbauend konkrete problem- und projektbezogene Kooperationen stimuliert wurden (wichtig: Anbahnung sowie Intensivierung von Kontakten mit wissenschaftlich hochrangigen Partnereinrichtungen im EU-Bereich, z.B. gemeinsame Forschungsstelle der EU),
- c. die langfristige Etablierung von Kooperationschienen unterstützt sowie
- d. die Bildung von international attraktiven Centers of Excellence gefördert wurden.

- 7 -

In diesem Zusammenhang war und ist sowohl den durch wissenschaftliche Interessen oder wirtschaftliche Bedarfprofile "bottom up"-gesteuerten Programmen wie z.B. den Netzwerken der European Science Foundation, COST-Aktionen sowie EUREKA-Projekten als auch politisch motivierten "top down" Initiativen wie z.B. dem 4. Rahmenprogramm der EU besondere Beachtung zu schenken.

Stimulierungsprojekte im Rahmen der Auftragsforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zu den spezifischen Arbeits- und Regierungsschwerpunkten ergänzen in komplementärer Weise die einschlägigen Förderungsinitiativen der Fonds (FWF, FFF, ITF) sowie das Internationalisierungsprogramm der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Zusätzlich zu den bereits erwähnten Koordinationstätigkeiten wurden seitens des Ressorts die Verwaltungsausschüsse für die spezifischen umweltrelevanten F & E-Forschungsprogramme sowie diverse Expertenteams zur Programmevaluation bzw. -definition beschickt und unter Mitwirkung des BIT (Büro für internationale Forschungs- und Technologiekoooperation) die heimische Forschungslandschaft im Zuge von internationalen Workshops, Symposien, Informationsveranstaltungen ect. auf die jeweils bereichsspezifisch anzusprechenden wissenschaftlichen und administrativ-organisatorischen Anforderungen ausgerichtet.

Da die gemeinsame Forschungsstelle der EU (Joint Research Center) mit den zwei Instituten "Umweltinstitut" (Ispra) und "Institut für Anwendung der Fernerkundung" (Ispra) insbesondere auch für Österreich einen wissenschaftlich sowie programmstrategisch wichtigen Partner darstellt, wurde und wird besonderes Augenmerk auf den Ausbau von diesbezüglichen Projektpartnerschaften gelegt (das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist im Aufsichtsrat dieser F & E-Einrichtung - Board of Governors - vertreten).

- 8 -

2. Welche Entschlüsse des Nationalrates zur Umweltpolitik haben Sie umgesetzt?

Anwort:

In der EntschlieÙung Nr. E 18 vom 10. Juli 1991 wurde u.a. der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ersucht, durch Vergabe von Forschungsaufträgen die Weiterentwicklung des Stands der Technik von Elektrofahrzeugen und insbesondere auch der Fahrzeugbatterien im Zusammenwirken mit der österreichischen Industrie voranzutreiben. Die diesbezüglichen Aktivitäten des Ressorts sind den Seiten 54 bis 58 des "Schwerpunktberichtes" zu entnehmen.

In der EntschlieÙung Nr. E 46 vom 2. April 1992 wurde der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung unter Punkt 19 ersucht, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung internationaler Studien ehestmöglich eine Studie über die Auswirkungen der Stickstoffdüngung und der Methanemissionen auf die Bildung von Ozonvorläufersubstanzen in Auftrag zu geben und Vorschläge für deren Reduktion auszuarbeiten. Das Institut für Bodenforschung und Baugeologie der Universität für Bodenkultur (Projektleiter: Univ.Prof. Dr. Blum) wurde beauftragt, eine Studie zu diesem Thema zu erarbeiten. Diese wurde insbesondere zur Frage von AbhilfemaÙnahmen betreffend die Ozonvorläufersubstanzen durch einschlägig tätige Bundesanstalten aus dem Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ergänzt. Der zusammenfassende Bericht wurde dem Ministerrat vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mit Zl. 21.000/314-IIA1/94 vorgelegt und von diesem am 17. August 1994 zur Kenntnis genommen.

Andere EntschlieÙungen zum Thema "Umwelt", bei denen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung eine Federführung bzw. Hauptzuständigkeit zugekommen wäre, liegen nicht vor. Es wurde aber in allen Fällen, wo dies für die Setzung politischer

- 9 -

Maßnahmen erforderlich war, dafür gesorgt, den zuständigen anderen Bundesministerien das vorhandene wissenschaftliche Know-how zur Verfügung zu stellen.

3. Welche Entschlüsse des Nationalrates zur Umweltpolitik konnten nicht umgesetzt werden?
Warum nicht?

Antwort:

Siehe hierzu Beantwortung der Frage 2.

4. Welche umweltbezogenen Maßnahmen des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung haben Sie erfüllt?
5. Welche umweltbezogenen Maßnahmen des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung konnten nicht erfüllt werden?
Warum nicht?

Antwort:

Hier gilt das zu den Frage 1 bis 3 Ausgeführte sinngemäß. Durch die seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung gesetzten oder in die Wege geleiteten Aktivitäten ist für die Umsetzung der im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen im Umweltbereich der erforderliche Beitrag geleistet worden.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Internationalisierung der Umweltforschung, wie sie auch in den Punkten 4 und 5 des Kapitels IV des Arbeitsübereinkommens festgelegt ist. Hiezu verweise ich auf meine Ausführungen unter Punkt 1/6.

- 10 -

6. Welche weiteren Schritte zur Verbesserung der Umweltsituation plant Ihr Ressort in der nächsten Legislaturperiode?

Antwort:

Welche konkreten Schritte seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung in der nächsten Legislaturperiode zur Verbesserung der Umweltsituation in dem ihm obliegenden Aufgabenbereich gesetzt werden, ist von den Vorgaben und dem Arbeitsprogramm der künftigen Bundesregierung, die nach den Nationalratswahlen im Oktober 1994 bestellt werden wird, abhängig.

Der Bundesminister:

